

# **Ein Konzept! Ein Konzept??**

## **Erneutes Plädoyer für ein Moratorium**

### **beim Projekt Jüdisches Museum/Archäologische Zone – Überlegungen zu einer Museumskonzeption**

Die Sitzung des Unterausschusses „Kulturbauten“ des Kölner Rates am 28. Mai 2013 war nach Ansicht des Architekten Wolfgang Lorch eine „Stunde Null“, **„so etwas wie ein Neustart des Projekts“ Jüdisches Museum/Archäologische Zone**. Das Klima zwischen den Beteiligten habe sich deutlich verbessert, so Lorch. Der neue Grabungsleiter Marcus Trier habe verbindlich eine deutlich kleinere Grabungsfläche skizziert und einen verbindlichen Terminrahmen gesetzt. Zudem habe man den „Stützenwald“ unter dem Museum „optimieren“ können. Bis August sollen die Architekten nun einen neuen Zeitplan für den Fortgang der Planung der Museumsbauten vorlegen. Ein kleines Jubiläum: es handelt sich um die inzwischen zehnte Vorgabe dieser Art. Inwieweit die Kosten von insgesamt 52 Millionen gehalten werden können, mochte Lorch auf einer Veranstaltung im Kölner Kunstsalon nicht beantworten: „Die Zahlen sind drei Jahre alt. Es ist sicherlich nicht billiger geworden.“

Bei der andauernden Debatte um den Komplex Jüdisches Museum/Archäologische Zone gibt es – unabhängig vom Fortgang der Baupläne und deren Finanzierbarkeit - nach wie vor einen blinden Fleck, der allerdings von zentraler Bedeutung ist: **Es ist unklarer denn je, mit welchen inhaltlichen Vorstellungen das Jüdische Museum bespielt werden soll.**

Mittlerweile konstatieren selbst Befürworter, dass eine „genaue kuratorische Ausrichtung“ (?) noch fehlt. Hier liegt der eigentliche Skandal im Umgang mit der Kölner Geschichte.

- Das drückt sich schon in der Verwirrung um den Namen des Projekts aus. Während die Stadt in ihren offiziellen Dokumenten bereits seit langem die Bezeichnung „Jüdisches Museum/Archäologische Zone“ nutzt, fordern nun viele Befürworter des Baus eine Rückkehr zu der schon länger aufgegebenen Bezeichnung „Haus und Museum der jüdischen Kultur in Köln“. Die mit diesem Namen verbundenen inhaltlich vagen Vorstellungen sind offiziell längst ad acta gelegt, der Museumsbau wurde um die entsprechenden Flächen verkleinert.
- Insbesondere Prof. Jürgen Wilhelm (SPD, LVR) verweist bei Diskussionen um die museale Präsentation im Museumsgebäude gerne darauf, dass man einen „Austausch von Ausstellungsgegenständen“ mit anderen jüdischen Museen betreiben werde. Derartige Vereinbarungen sind kompliziert, wenn es um die Umsetzung im Einzelfall geht, und setzen in aller Regel eine eigene Sammlung voraus. Über den eigenen Museumsbestand schweigt nicht nur Wilhelm. Offenbar scheinen er und andere davon auszugehen, dass die Judaica des Kölnischen Stadtmuseums künftig ihren Platz im Jüdischen Museum finden werden (es handelt sich hierbei vor

allem um Kultgegenstände seit dem 18. Jahrhundert und überwiegend nicht aus Köln). Entsprechende Absprachen mit der Leitung dieses Instituts sind bisher nicht bekannt. Jedenfalls ist die Selbstverständlichkeit, mit der in der Öffentlichkeit über die Bestände anderer Museen verfügt wird, befremdlich. Auch deshalb, weil ein Blick in weitere Kölner Museen vielleicht neue Begehrlichkeiten wecken könnte? Um nur einige Beispiele zu nennen: Immerhin sind Marc Chagall, Roy Lichtenstein, Barnett Newman, Mark Rothko oder Man Ray jüdische Künstler, deren Werke im Museum Ludwig oder, wie im Falle Max Liebermann, im Museum Wallraf hängen. Man könnte meinen, dass auch sie etwas mit „jüdischem Leben“ zu tun haben, um das es im Jüdischen Museum gehen soll. Oder man denke an die zentralen Objekte jüdischer bzw. antisemitischer Geschichte im Kölner Dom wie die „Judensau“ am Chorgestühl und das sog. Judenprivileg, einer Steintafel aus dem 13. Jahrhundert, oder andere im Besitz des Kölner Erzbistums befindlicher Dokumente.

- Erinnert sei ferner daran, dass angesichts fehlender Konzepte und Exponate auch schon vorgeschlagen wurde, das Jüdische Museum mit Repliken auszustatten.

Ebenso wird vermieden, genauer auf die bisher vorliegenden rudimentären (offiziellen) Überlegungen zu einem Museumskonzept einzugehen. Nähme man diese Vorüberlegungen freilich ernst, würde die **Absurdität der aktuellen Debatte** noch offensichtlicher. Derzeit liegen - soweit ersichtlich - zwei Papiere vor, die sich selbst als „Konzept“ oder als Beitrag zu einer Konzeption verstehen.

- Vor elf Jahren wurde von der „Gesellschaft zur Förderung eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur in Köln“ mit einer zwölfseitigen Broschüre ein „Ausstellungskonzept“ zur Diskussion gestellt, das neben einigen allgemeinen Thesen eine knappe Chronologie möglicher Schwerpunkte auflistet (Spätantike/Mittelalter, frühe Neuzeit, Emanzipation, Integration und Antisemitismus, Nationalsozialismus ...). Dazu heißt es zusammenfassend: „Schwerpunkt des räumlichen Rahmens der Ständigen Ausstellung im Haus und Museum der jüdischen Kultur sollte natürlich Köln sein. Aber Kölner Geschichte ist nicht verständlich, ohne **über die Grenzen hinauszuschauen.**“ Und: „Die Konzeption eines auf Objekte der Zeremonialkunst beschränkten ‚Museums jüdischer Altertümer‘ ist heute überholt. Jüdische Geschichte vor und nach der Schoa kann nur verständlich gemacht werden, wenn man **die vielfältigen Beziehungen der jüdischen Minorität zur Umgebungsgesellschaft** im Sinne einer **Darstellung deutsch-jüdischer Geschichte** sichtbar macht.“ Inwieweit man die Darstellung als „Museumskonzept“ bezeichnen kann, mögen die LeserInnen selbst entscheiden: <http://www.juedischesmuseum-koeln.de/ausstellungskonzept.pdf> . Zur Erinnerung: Ursprünglich wollte die Gesellschaft „Bau und Betrieb eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur selbst finanzieren“ und scheiterte damit spektakulär. Während etwa für das Jüdische Museum in Warschau nennenswerte Spenden eingeworben werden konnten, war die jüdische Initiative in Köln wenig erfolgreich.

- In dem von Sven Schütte und Marianne Gechter im Auftrag der Stadt Köln vorgelegten Materialienband zur Archäologischen Zone/Jüdisches Museum (2012) findet sich auch ein Beitrag „Zur Konzeption des Museums“ (S. 231 – 247). Es werden einmal einzelne Fundstücke aufgelistet. Dazu soll das Museum als „virtuelle Zeitreise“ konzipiert werden, das **alle Themenbereiche „in Beziehung (setzt) mit den Lebensentwürfen der heutigen Gesellschaft“** und dabei etwa die „spezifische Rolle der Frau in allen Bereichen thematisiert“. Vorgesehen sind Rundgänge und ein „Besucherleitsystem“. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf den „frühen archäologischen Zeugnissen“, mit deren Bedeutung als mögliches „UNESCO-Weltkulturerbe“ kokettiert wird. „Die Aufgabe besteht also darin“, so die Autoren, „die Geschichte der Kölner Juden von den Anfängen bis zum Ende der Gemeinde 1424 darzustellen, sowie **die darauf folgende Geschichte des Ortes**. Hierzu stehen zwei Wege grundsätzlich offen: Einerseits kann dies in chronologischer Abfolge geschehen, andererseits durch thematische Schwerpunkte mit zeitlichem Querschnitt.“ Neben „Basisinformationen zum Judentum allgemein“ soll für die neuere Zeit eine Vernetzung mit dem Kölnischen Stadtmuseum und dem NS-Dokumentationszentrum für „**nachhaltige Synergieeffekte**“ sorgen; Entsprechendes soll für die frühe Geschichte mit dem Römisch-Germanischen Museum gelten. Neben der jüdischen Frühgeschichte sollen die Zeit nach der Französischen Revolution (Wiederansiedlung) bis zum Holocaust sowie der Holocaust selbst und das Dritte Reich weitere Schwerpunkte bilden. Einschränkend wird bemerkt: „Um der Idee eines Hauses und Museums der jüdischen Kultur (ein solches wurde für NRW in Essen eröffnet) näher zu kommen, und um **das lebendige Judentum der Gegenwart** angemessen zu berücksichtigen, bieten sich die Sonderausstellungsräume an, in denen **in Ergänzung zum historischen Teil**“ (!) entsprechende Angebote vorgestellt werden können.
- Über die museale Präsentation der Zeit nach 1424 finden sich keine weiterführenden Hinweise. Da die Publikation im Wesentlichen Grabungsergebnisse vorstellt, ist das nicht weiter verwunderlich. Auch wie die angesprochenen „nachhaltigen Synergieeffekte“ erreicht werden sollen, wird nicht näher erläutert. Dazu gibt es allerdings eine Arbeitsgruppe der Kölner historischen Museen, die sich mit eben dieser Frage beschäftigt, aber bis heute noch keine Ergebnisse vorgelegt hat.

### **Versäumnisse der Kulturpolitik**

Die kurzen Hinweise zeigen, dass angesichts des sensiblen Themas und der unbestrittenen Qualität einiger Funde mehr auf der Agenda steht als nur ein neuer Museumsbau. Die genannten Ziele - über „die (lokalen, regionalen, nationalen) Grenzen hinauszuschauen“, sich um eine übergreifende „Darstellung deutsch-jüdischer Geschichte“ zu bemühen und sich nicht mit „Objekten der Zeremonialkunst“ zu begnügen; der Vorsatz, alle

Themenbereiche in Beziehung zu „den Lebensentwürfen der heutigen Gesellschaft“ zu setzen - formulieren einen **Anspruch**, der über die reine Präsentation archäologischer Funde eines geschichtlichen Teilabschnittes kaum zu erreichen ist. Der Anspruch ist vielmehr hoch und umfassend, zumal der eingeforderte Blick über die Grenzen natürlich auch das heutige Israel einbeziehen muss – wie sonst wäre **„jüdisches Leben“ heute** darzustellen?

Dieser Ansatz und die neuen archäologischen Erkenntnisse vor Ort sind durchaus geeignet, das bisherige Gefüge mindestens der historischen Museumslandschaft Kölns in Frage zu stellen und sich mit einer möglichen Neuordnung zu befassen. Mit dem Stichwort „Synergie“ sind diese Aspekte nur unzureichend angesprochen. Zu Ende gedacht, verlangt ein solches Programm **nach einem weitreichenden Wandel in der (Kölner) Erinnerungskultur und nach einer Form von Geschichtspolitik, die der heutigen pluralistischen, multikulturellen, globalisierten und säkularen Gesellschaft angemessen ist**. Betroffen davon wären alle Kölner historischen Museen. Ob dafür zwangsläufig ein weiteres Museum für einen Teilbereich eingerichtet werden muss, ist eher unwahrscheinlich.

Zur Verdeutlichung: Zwei potentielle Themen des „Jüdischen Museums“ werden häufiger benannt. Einmal die Rolle der Frau, zum zweiten der Umgang mit der jüdischen Minderheit, bzw. von Minderheiten überhaupt.

Nach den Überlegungen von Schütte/Gechter (im Auftrag der Stadt) soll im „Jüdischen Museum“ die **„spezifische Rolle der Frau“** über die Jahrhunderte hinweg dargestellt werden. Dazu sollen eine fränkische Fürstin, die „Frau eines Rabbiners“ nebst ihren Nähadeln und ihrem Kochgeschirr aus der Zeit um 1000, eine mittelalterliche Goldschmiedin (um 1300) und die persönliche Habe eines weiblichen Bombenopfers aus dem Zweiten Weltkrieg präsentiert werden. Gründe für diese willkürlich wirkende Auswahl sind nicht recht ersichtlich – vielleicht liegen eben nur hierzu entsprechende Funde vor. Abgesehen davon könnte die Reihung auch ohne weiteres im Stadtmuseum platziert werden.

Wollte man dem selbst formulierten Anspruch gerecht werden, sich auch mit der gegenwärtigen „jüdischen Kultur“ auseinanderzusetzen, liegt eine Befassung mit der Institution Ehe und Zivilehe hier und anderswo sehr viel näher. Letztere ist eine Errungenschaft der französischen Revolution und zugleich eine Absage an den Einfluss kirchlicher/religiöser Institutionen. In Köln setzte sich das Erzbistum nach 1815 massiv für ihre Abschaffung ein – Preußen agierte hier deutlich kompromissbereit. Letztendlich wurde die Zivilehe dann 1875 im Zuge des „Kulturkampfes“ mit der Katholischen Kirche eingeführt. Im heutigen Israel war bis vor wenigen Monaten eine Zivilehe gar nicht vorgesehen. Das hat sich jetzt geändert: „Die Ehe eines bekenntnislosen Mannes mit einer bekenntnislosen Frau wird den religiösen Ehen, die vom Rabbanut, Kirchen oder Moscheen abgesegnet werden und nur als solche vom Staat anerkannt werden, nun gleichgestellt. ‚Mischehen‘ werden in Israel nach wie vor nicht abgeschlossen werden können, sondern im Ausland - Zypern ist "Mekka" für solche Ehen - was dann in Israel aber anerkannt wird.“ (so eine Meldung von „heute in Israel“ vom 17.03.2013) Aus dieser Gegenüberstellung ließen sich eine Fülle von Fragen und Problemstellungen zum Verhältnis der Geschlechter, von Religion und Gesellschaft, Juden-

und Christentum, der Rolle der Aufklärung oder des Humanismus und der Rolle jüdischer Intellektueller im musealen Rahmen entwickeln. Frage, wie sich das im lokalen/regionalen Rahmen widerspiegelt. Als ein Kontinuum vor Ort spielt die Katholische Kirche eine gewichtige Rolle. Erinnerung sei daran, dass sich der amtierende Kardinal eben gegen eine Berufstätigkeit der Frau und für eine hohe Kinderzahl in der Ehe ausgesprochen hat. Eine Position, die orthodoxen Juden nicht fremd sein dürfte. Damit aufgeworfen ist auch die Frage, wie pluralistisch die monotheistischen Religionen aufgestellt sind und wie das ggf. museal darzustellen wäre. Insgesamt gesehen sind damit übergreifende gesellschaftliche Probleme benannt, die nicht nur die jüdische Minderheit betreffen.

Zur **Rolle der Minderheiten**. Der Wunsch nach einer homogenen Bevölkerung ist essentieller Bestandteil der nationalen Ideen des 19. Jahrhunderts (der „Erfindung der Nation“) und ein zentrales Argument für den damit verbundenen Rassenwahn. Der Zionismus ist hier keine Ausnahme. Doch wie realistisch ist diese Vorstellung einer homogenen „Nation“, zumal im 21. Jahrhundert, in der u.a. die Forderung nach der Einwanderung möglichst hoch qualifizierter „Ausländer“ zum politischen Tagesgeschäft gehört?

Der israelische Historiker Shlomo Sand konstatiert in seiner Untersuchung über „Israels Gründungsmythos“: „Entsprechend den nationalen Grundsätzen des Zionismus weigert sich der Staat Israel auch noch sechzig Jahre nach seiner Gründung, sich als Republik aller seiner Bürger zu betrachten. Ein Viertel von ihnen gilt als nicht jüdisch, und laut seinen Gesetzen ist der Staat nicht ihr Staat. Von Beginn an vermied man es, die alteingesessene Bevölkerung in den neu geschaffenen kulturellen Überbau zu integrieren; sie wurde bewusst und gezielt von ihm ferngehalten. Ebenso wenig möchte sich Israel in eine föderale (wie die Schweiz oder Belgien) oder in eine multikulturelle (wie Großbritannien oder die Niederlande) Demokratie umwandeln. So entstünde ein Staat, der die Vielfalt seiner Bewohner anerkennt und gleichermaßen dient. Nein, Israel beharrt auf dem Selbstbild als jüdischer Staat, der allen Juden der Welt offensteht, obwohl diese gar keine verfolgten Flüchtlinge mehr sind, sondern gleichberechtigte Bürger in Staaten, in denen zu leben sie sich frei entschieden haben. Diese tiefgreifende Verletzung der modernen demokratischen Grundsätze und die Fortsetzung der uneingeschränkten Ethnokratie rechtfertigt man durch den Mythos von der Existenz einer ewigen Nation, die sich eines Tages in ihrem ‚Ursprungsland‘ versammeln wird.“<sup>1</sup> Hier deutet sich ein interessantes Querschnittsthema an: Wie gehen Minderheiten, wenn sie zur Mehrheit geworden sind, mit Minderheiten um?

Für einen veränderten Umgang reicht manchmal schon ein „Elite-Wechsel“ in den herrschenden Kreisen einer Gesellschaft aus, wie er sich in Köln Ende des 14. Jahrhunderts vollzog. 1396 beendeten die Zünfte (die „Gaffeln“) die bisherige Patrizierherrschaft und

---

<sup>1</sup> Shlomo Sand „Die Erfindung des jüdischen Volkes. Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand“ Berlin 2013, S. 51. Natürlich gilt der an der Universität Tel Aviv lehrende Historiker überzeugten Zionisten als „Antisemit“. Vor allem, weil er auch schreibt: „Kein Jude, der heute in westlichen Demokratien lebt, würde sich an die Diskriminierung und die Ausgrenzung gewöhnen können, wie sie für die palästinensisch-israelischen Bürger eines Staates gelten, der ausdrücklich betont, nicht der Ihre zu sein.“ aaO S. 450

regelten die Machtverhältnisse neu. Gemäß dem „Verbundbrief“ musste jeder Kölner einer Gaffel beitreten, Unternehmerinnen waren weithin akzeptiert, die vergleichsweise starke Geistlichkeit blieb außen vor. Mit dem Rathausturm (1414 vollendet), der zugleich als Archiv, Waffenkammer und Feuerwache diente, schuf man sich ein Symbol der neuen Herrschaft. Kurze Zeit später entledigte man sich dazu der „unchristlichen“ Konkurrenz. Die Vertreibung der Juden aus Köln im Jahr 1424 ging eben nicht mit einem erneuten Pogrom einher, sondern wurde geschäftsmäßig abgewickelt. Die „Aufenthaltserlaubnis“ der jüdischen Mitbürger, für die bisher der Erzbischof zuständig war, wurde auf Druck der neuen Stadtherren nicht verlängert.

Der Fortgang der Geschichte ist nicht ohne Ironie. Ein Teil der jüdischen Bevölkerung wanderte nach Deutz aus, das damals zum Herzogtum Berg gehörte und damit dem Zugriff der Kölner entzogen war. Deutz entwickelte sich über die folgenden Jahrhunderte zu so etwas wie dem andauernden „Ballermann“ der Dommetropole. Das konnten auch regelmäßige Mahnungen, Erlasse und Verbote des Stadtrates oder ein Streit über die „Lizenz“ jüdischer Fährleute nicht verhindern. Anfang des 16. Jahrhunderts notierte etwa Hermann Weinsberg in einem seiner berühmten Tagebücher, sogar der Graf Solms, ein Domkürster (!), habe sich „in einem Lusthaus zu Dutz“ aufgehalten. (Woher wusste Weinsberg das?) Der Anteil jüdischer Musiker und Gastwirte an diesen Geschäften war nicht gering. Oft gerühmt wurde die „gefällige Tanzmusik“ jüdischer Orchester. Hinzu kam in späteren Jahren die Lizenzierung des Glücksspiels. 1753 genehmigte der Kurfürst die Casinos, der Gemeinderat überwachte das Ganze. Einer der in Deutz aktiven Musiker war übrigens ein Kantor namens Isaac Juda Erberst aus Offenbach. Sein Sohn sollte später unter dem Namen Jacques Offenbach auch auf der anderen Seite des Rheins Karriere machen.

Doch noch einmal zurück zur „Minderheiten-Frage“. Die Vorstellung eines homogenen „Staatsvolkes“ ist auch der deutschen Politik nicht fremd. Lange hat man sich vor allem in konservativen Kreisen dagegen gewehrt, Deutschland als „Einwanderungsland“ zu begreifen, aber zugleich die Erinnerung an „Auschwitz“ beschworen. „Die Bürgergesellschaften in Europa haben sich seit dem späten 20. Jahrhundert zumeist in Einwanderungsgesellschaften verwandelt“, konstatiert dazu Klaus J. Bade, langjähriger Vorsitzender des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR), „Anerkennung, Teilhabe, sozialer Friede und eine – über bloße ‚Toleranz‘ hinausgehende – Akzeptanz kultureller Vielfalt sind tragende Säulen in der Architektur dieser Einwanderungsgesellschaften.“<sup>2</sup>. Was heißt das für eine museale Darstellung der Vorgeschichte der deutschen Gesellschaft im 21. Jahrhundert? Erinnert sei an dieser Stelle daran, dass der **NSU** ungestört von den sog. Sicherheitsorganen türkische Mitbürger ermorden konnte, was unter dem Stichwort „Dönermorde“ durch die Medien geisterte. Die **Kölner Keupstraße** war hier ein herausragender Tatort.

---

<sup>2</sup> Klaus J. Bade „Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft“ Schwalbach/Ts. 2013, S. 17. Der Sozialdemokrat Sarrazin hat sich übrigens für die Einwanderung von Juden ausgesprochen, weil diese über einen hohen Intelligenz-Quotienten verfügen und deshalb der deutschen Volkswirtschaft nutzen.

Das relativiert nicht den Holocaust – einen staatlich organisierten und gesellschaftlich akzeptierten Massenmord –, aber es weist darauf hin, dass Rassismus sich nicht nur auf eine *bestimmte* Minderheit fokussiert. Heute ist die Keupstraße ein Symbol für das Versagen der staatlichen wie gesellschaftlichen Institutionen in Sachen Rassismus. Nicht zufällig plant deshalb DOMiD, das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland e.V., in Köln-Mülheim ein Museum zu errichten.

Historisch gesehen sollten auch die Roma/Sinti als Opfer der NS-Rassenpolitik nicht vergessen werden. Als größte Minderheit Europas sind sie auch heute in vielen Staaten, nicht nur in Deutschland und Köln, einer rassistisch motivierten Verfolgung ausgesetzt. In Köln existiert immerhin mit dem

„Archiv und Dokumentationszentrum zu Geschichte und Kultur der Roma“

([http://www.romev.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=53&Itemid=133](http://www.romev.de/index.php?option=com_content&view=article&id=53&Itemid=133)) eine der größten Sammlungen dieser Art in der Bundesrepublik.

Dass die mit einer qualifizierten öffentlichen Debatte verbundenen Chancen der angesprochenen Probleme (Antisemitismus, Rassismus allgemein usw.) von der (Kölner) Kulturpolitik nicht genutzt worden sind, mag daran liegen, dass Kulturpolitik weniger gestaltend als vielmehr reaktiv und „additiv“ agiert und sich vor allem als praktizierter Kulturlobbyismus versteht. Es ist allemal bequemer, sich inhaltlich nicht zu exponieren, dem Mainstream zu folgen und zu bestehenden Kulturbauten ein weiteres Gebäude hinzuzufügen - unabhängig von den Kosten. Der Austausch über die architektonische Qualität des Baus verspricht allenthalben öffentliche Aufmerksamkeit und lenkt in aller Regel von anderen Fragen ab („Nur wer baut, der bleibt.“). Die Auseinandersetzung mit inhaltlichen und konzeptionellen Fragestellungen vorab verspricht dagegen angesichts von einflussreichen Lobbys und ausgeprägten Einzelinteressen Stress und wenig Profilierungsmöglichkeiten<sup>3</sup>. Das Thema Antisemitismus ist beispielsweise gerade für das katholische Köln von Brisanz. Der moderne Antisemitismus fusst zu weiten Teilen auf einem christlichen Antijudaismus. Raul Hilberg hat dazu in seinem Standardwerk über „Die Vernichtung der europäischen Juden“ eine eindrucksvolle Tabelle über „Kanonische und nazistische antijüdische Maßnahmen“ erstellt<sup>4</sup> und kann eine weitgehende Übereinstimmung dokumentieren. Erinnerung sei hier auch an die sog. „Judensau“-Debatte um eine entsprechende Darstellung im Kölner Dom.

### **Konzeptionelle Überlegungen**

Dana Giesecke und Harald Welzer haben in einem lesenswerten Essay über den **Zustand der deutschen Erinnerungskultur** als zentrale Hypothese formuliert: „Das Haus der historischen

---

<sup>3</sup> Deutlich wird hier erneut ein grundsätzlicher Fehler der deutschen Planungskultur, der in letzter Zeit in Zusammenhang mit der desaströsen Planung für größere Kulturbauten wie die Elbphilharmonie in Hamburg oder das Landesarchiv in Duisburg schon häufiger offenbar geworden sind – wenn andernorts auch in deutlich anderen finanziellen Dimensionen.

<sup>4</sup> Bd. 1, Frankfurt/M. 1999; ebd. S. 17 ff.

und politischen Bildung gehört entrümpelt. Eine Entrümpelung ist ein normaler Vorgang, wenn eine Renovierung ansteht. Das Inventar wird ausgeräumt und gesichtet: Was wird behalten, was muss aufgearbeitet werden, was gehört weggeschmissen? Danach ist der Raum präpariert, offen für etwas Neues.“<sup>5</sup>

Ironischerweise findet sich das von den beiden Autoren gewählte Bild in der Kölner Realität wieder. Das Kölnische Stadtmuseum soll renoviert und offen für Neues werden, das Jüdische Museum wird ohne hinreichende Vorstellungen über seine Bespielung geplant. Die neuen Funde am Rathausplatz würden auch einem entsprechend „renovierten“ Römisch-Germanisch-Jüdischen Museum gut anstehen.

Hinzu tritt ein weiterer Aspekt. In der bisherigen Debatte wird gerne die „**Authentizität**“ des **Ortes** beschworen. Verwiesen wird dabei u.a. auf Mikwe, Synagoge und das frühmittelalterliche Judenviertel. Eine Präsentation dieser Gegebenheiten ist zunächst und im Wesentlichen die Aufgabe der Archäologischen Zone. Wie und mit welcher Intention sie in einem Jüdischen Museum Platz finden sollen, ist bisher nicht thematisiert worden. Die „Authentizität“ des Ortes erschöpft sich allerdings nicht mit dem Hinweis auf seine partielle jüdische Vergangenheit. Vor Ort hat sich immer auch das „Rathaus“, also die Stadtregierung in ihren unterschiedlichen Ausprägungen befunden (in Köln gab es auch einen NS-Oberbürgermeister). **Der Ort ist deshalb unter viel mehr Aspekten als nur dem des Mittelalters „authentisch“**. Das mag manchen Archäologen und Denkmalschützer schmerzen, ändert aber nichts an der Tatsache.

Zu fragen ist deshalb, ob man dem Quartier um das Rathaus, der politischen Mitte der Stadt und der damit gegebenen übergreifenden Vergangenheit nicht eher durch ein „**Haus der Kölner/Rheinischen Geschichte**“ gerecht wird, zumal eine teilweise Nutzung auch des Rathauskellers in der Diskussion ist. In diesem Quartier liegt – nach allgemeiner Ansicht – auch der Ursprung der heute so benannten „**Zivilgesellschaft**“. Zu deren Geschichte gehören sowohl die Widerständigkeit gegen kirchliche Macht wie die Obrigkeit allgemein, ebenso wie Korruption und eigene Vorteilsnahmen und – das sei immer wieder hervorgehoben - auch Versagen und die Intoleranz gegenüber Minderheiten. **Die Authentizität des Ortes entsteht so aus dem andauernden Kampf um ein Gemeinwesen, das mit den heutigen Begriffen Demokratie und den Grund- und Menschenrechten umschrieben werden kann. Es ist nicht vordringlich an mehr oder weniger beliebigen archäologischen Funden festzumachen.** Zu einem „Museumsprogramm“ dürfte deshalb auch eine Auseinandersetzung mit der larmoyanten kölnischen Art „Et hät noch immer jut jegange“ gehören.

Es lohnt sich, für die weitere Debatte um ein „Haus der Kölner Geschichte“ noch einen Moment bei Giesecke / Welzer zu verweilen. Deren Anregungen zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur setzen zwar am Umgang mit dem Nationalsozialismus und dem Holocaust an, können und sollten aber auch für generelle Fragen der Geschichtsaneignung nutzbar gemacht werden. „Wenn Lernen am historischen Gegenstand einen Sinn haben kann“, konstatieren Giesecke / Welzer, „dann doch nur den, ein Sensorium für die Potentiale

---

<sup>5</sup> Dana Giesecke / Harald Welzer, Das Menschen Mögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur, Hamburg 2012, S. 11.

zum Guten oder Schlechten entwickeln zu können, die in Gegenwartskonstellationen schlummern und sich ein wirksames Unterscheidungsvermögen dafür zuzulegen, welche Option unter gegebenen Bedingungen humanen und welche gegenmenschlichen Entwicklungen dient.“<sup>6</sup> **Also: Was kann und soll ein „Haus der Kölner/Rheinischen Geschichte“ im Kern vermitteln, wobei könnte es Hilfestellung leisten?**

Allgemeiner formuliert: Die Leitfrage eines „Hauses der Kölner/Rheinischen Geschichte“ sollte sein, unter welchen Umständen sich eine pluralistische Gesellschaft in eine Ausgrenzungsgesellschaft transformiert – und umgekehrt. Welche Potenziale antisozialen Verhaltens sind in einer (Stadt-) Gesellschaft vorhanden und können ggf. aktiviert werden? Welche Entscheidungen und Entwicklungen schwächen die soziale Integration? Oder anders herum: wie können ethnisch-kulturell vielfältige Gesellschaften zusammengehalten werden und welchen (politischen) Engagements bedarf es hier?

Von diesem Hintergrund wäre zu fragen, wie die lokale/regionale Geschichte museal aufzubereiten ist. Der jüdisch-kölnischen Geschichte käme dabei zwangsläufig ein hoher Stellenwert zu. Wie lebten Juden über die Jahrhunderte in der Stadt zwischen Integration, Assimilierung und Parallelgesellschaft? Welche Entwicklungen führten beispielsweise zum Pogrom von 1349? Wer profitierte davon? Gab es Handlungsspielräume und wer nutzte sie in welcher Weise? Warum vermochten die Gegenkräfte nicht mäßigend auf die Mehrheitsgesellschaft zu wirken? Welcher veränderten Bedingungen hätte es bedurft, der fortschreitenden Normalisierung radikaler Ausgrenzung zu begegnen? Und: Unter welchen Bedingungen gelang das Nebeneinander oder Miteinander über die Jahrhunderte? Ein „Haus der Kölner/Rheinischen Geschichte“ hätte aber nicht allein die kölnisch-jüdische Geschichte in den Blick zu nehmen. Inklusion und Exklusion sind ein Dauerthema städtischer Gesellschaften. Wirft man einen Blick auf die Nachkriegsgeschichte, dann zählt dazu gleichermaßen der spannungsreiche Umgang der jeweiligen Mehrheitsgesellschaft mit Vertriebenen in Folge des II. Weltkriegs wie auch der Umgang mit Arbeitsmigranten („Gastarbeitern“) aus verschiedenen Ländern seit Mitte der 1950er Jahre. Die schon erwähnte Keupstraße ist hier nur ein Beispiel.

Keine dieser Fragen ist bisher auch nur ansatzweise und angemessen behandelt worden. Deshalb ist ein **Moratorium** beim Projekt Archäologische Zone/Jüdisches Museum sinnvoll und notwendig. Die damit gewonnene Zeit muss dann zur Entwicklung eines sinnvollen Museumskonzeptes genutzt werden. Denn: **ohne Konzeption kein Museum.**

P.S.: In einem langen Interview mit der ehemaligen Kölner Zeitschrift „SPEX – Musik zur Zeit“ erläutert Claude Lanzmann im Jahr 2008 u.a., warum man aus seiner Sicht bei der Ausrottung der europäischen Juden nicht nach dem „Warum“ fragen sollte: „Das ist einfach eine sehr obszöne Frage, gestattet sie dem Antwortenden doch, die große Arbeitslosigkeit in Deutschland anzuführen, jahrhundertealte Traditionen des Antisemitismus, Adolf Hitler oder

---

<sup>6</sup> Ebd., S. 25.

den angeblichen Unterschied zwischen dem deutschen Denken und dem jüdischen Denken. Jede dieser Antworten aber ist eine Schande, da sie zu kurz greift und eine Art ‚Zwangsläufigkeit‘ in den Raum stellt. All diese Erklärungen, ob für sich alleine genommen oder als Summe, werden niemals imstande sein, eine akzeptable Erklärung zu liefern, warum eineinhalb Millionen Kinder getötet wurden. .... Deshalb behandle ich in ‚Shoa‘ ja auch **nicht die akademisch-frivole Frage nach dem ‚Warum‘, sondern die ehrliche Frage des ‚Wie geschah es?‘** Das war für mich eine ethische Position. Und ja: es war auch eine Methode.“

Wolfgang Hippe / Frank Möller / Martin Stankowski  
Anfang Juni 2013